

## Gesellschaft

# Minderheiten in Frankreich

## Integration, „positive Diskriminierung“ und Community-Denken

MARTINA ZIMMERMANN\*

Selten erregte die Ernennung eines Präfekten eine solche Aufmerksamkeit in den Medien wie im Januar 2004: Der neue Präfekt des Jura, *Aissa Dermouche*, ist 57 Jahre alt, hat zahlreiche Diplome und Auszeichnungen und ist ansonsten ein ganz normaler Bürger: zweimal geschieden, Vater von vier Kindern. Er liebt *Verdi*, *Fellini* und *Woody Allen* und spielt Golf. Der aus der Kabylei in Algerien stammende *Dermouche* ist nie mit seiner Herkunft hausieren gegangen. Er ist nicht einmal der erste Präfekt algerischer Herkunft. Aber diese Ernennung war vor dem Hintergrund der Kopftuchdebatte ein politisches Symbol, es geht um die Repräsentation der Einwanderer.

Eine „positive Diskriminierung“ wie in den USA forderte der ehemalige Innenminister *Nicolas Sarkozy*, seit April 2004 Wirtschafts- und Finanzminister und erklärter Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2007. *Sarkozy* postulierte auch als erster in einer Fernsehsendung die Nominierung eines „muslimischen Präfekten“. Dieser Ausdruck wurde kritisiert, weil er an die Kolonialzeit erinnert, als die Algerier „französische Muslime“ genannt wurden. Viele Maghrebener fühlen sich auch nicht vom Rat der Muslime Frankreichs vertreten, den *Sarkozy* als Innenminister ins Leben gerufen hat. In ihm sind verschiedene, auch den Fundamentalisten

nahe stehende islamische Organisationen vertreten. Positiv ist, dass es jetzt zumindest einen Ansprechpartner für den Islam in Frankreich gibt, in der Person des gemäßigten Rektors der Pariser Moschee *Dalil Boubakeur*, der einen modernen, europäischen Islam will. Doch vielen Maghrebenerinnen missfällt es, über ihre Religion definiert zu werden.

Die Wortwahl ist bedeutungsvoll: *Jacques Chirac* wollte einen Präfekten „aus der Einwanderung“; er vertritt das französische Ideal der laizistischen Republik, in der alle gleich, frei und brüderlich sind. In der Wahlnacht im Mai 2002, nachdem *Chirac* im Duell gegen den rechtsextremen *Jean-Marie Le Pen* zum Präsidenten gewählt wurde, jubelten auch viele Einwandererkinder auf der *Place de la République*. *Chirac* ist gegen Quoten für Minderheiten, aber er ging mit gutem Beispiel voran und nominierte in der Regierung *Raffarin Tokia Saïfi* im Umwelt- und *Hamlaoui Mekachera* im Verteidigungsministerium als Staatssekretäre. *Tokia Saïfi* ist mit 43 als erstes Einwandererkind von Algeriern in einem so hohen politischen Amt die neue Heldin der algerischen Community. „Ich will nicht der Baum sein, vor dem man den Wald nicht mehr sieht,“ sagt jedoch die Staatssekretärin und konservative Spitzenkandidatin des Wahlkreises Nord für die Europawahlen.

\* *Martina Zimmermann*, Paris-Info, lebt als freie Journalistin in Paris.

Die Einwandererkinder der zweiten Generation zogen 1983 auf dem so genannten „Marsch der Beurs“ durch Frankreich: Sie forderten, als vollwertige Franzosen integriert zu werden. Das Wort „beur“ ist eine Umkehrversion von „arabe“, Araber. In den Vorortsiedlungen ist es Mode, die Silben der Worte umzudrehen. Das ist bis heute so, aus „beur“ wurde inzwischen in einer erneuten Umkehrversion „Rebeu“. Gleichzeitig spricht man in Frankreich nun von der „Beurgeoisie“, also einer Bourgeoisie der Franko-Maghrebiner. Denn viele haben es zu etwas gebracht, wurden Unternehmer, Journalisten, Ärzte oder Ingenieure, haben sich hochgearbeitet, wie Tokia Saïfi. Auch sie stammt aus einer ganz normalen Einwandererfamilie. Die Saïfis wurden zur Vorzeigefamilie in Sachen Integration. Tokia Saïfi war Mitglied in zahlreichen Organisationen, die sich für die Integration stark machten. Seit dem „Marsch der Beurs“, an dem sie teilnahm, wurde ihre Generation dem linken Lager zugerechnet. Doch Saïfi wurde 1999 bei den Ultraliberalen von Alain Madelin Europaabgeordnete. „Ich bin vom Sozialismus absolut enttäuscht,“ sagt die heutige Europakandidatin der konservativen UMP. Der Linken wirft Saïfi vor, die Beurs als Stimmvieh missbraucht zu haben: „Das hat recht katastrophale Ergebnisse gebracht. In vielen Vierteln gibt es heute ein Community-Denken.“

### „Beurs“ für die Parteiliste: nur fürs Foto

Die ersten Algerier kamen zu Beginn des 20. Jahrhunderts als „Gastarbeiter“ nach Frankreich. Die Besonderheit der algerischen Einwanderung ist allerdings: Sie kamen nicht aus dem Ausland, sondern aus einem französischen Département. Algerien war seit 1830 französische Kolonie, und auch nach dem Unabhängigkeitskrieg 1962 wanderten Algerier weiterhin ein. Mehrere Verträge zwischen Frankreich und dem nun unabhängigen

Algerien legten ihre Zahl fest. Selbst wenn ab 1975 Heimkehrhilfen eingeführt und die Einwanderergesetze verschärft wurden: Die Algerier bilden mit rund 700 000 Personen die zweitgrößte ausländische Gruppe nach den Portugiesen. Hinzu kommen eine Million Algerier, die die französische Staatsangehörigkeit angenommen haben, und ihre in Frankreich geborenen Kinder, die nach dem *Ius soli* Franzosen sind.

Die Zahl der Beurs wird auf 1,2 Millionen geschätzt, und diese Franzosen werden heute als Wählergruppe entdeckt. Politiker aller Parteien zeigen sich neuerdings gerne mit Moscheerektoren, Bürgermeister versprechen den Bau von Moscheen. Der Sozialist Dominique Strauss-Kahn lernt seit kurzem Arabisch, sein Parteikollege Laurent Fabius macht sich dafür stark, dass erstmals eine Frau maghrebinischer Herkunft in den Senat einzieht. Die Hoffnung, endlich auch in der Politik vertreten zu sein, wächst für viele Angehörige sichtbarer Minderheiten. Doch wenn es konkret wird, bleiben die Hürden bestehen: Beim Kampf um die Listenplätze für die Regionalwahlen im März hatten Politiker aus Einwandererfamilien schlechte Karten. Aus Protest über ihre wenig aussichtsreichen Plätze zogen sich mehrere Betroffene von den Listen der UMP zurück. Darunter Mebarek Serhani, Gemeinderat in Roubaix, der auf Platz 41 keine Chance hatte, gewählt zu werden: „Ich bin der festen Überzeugung, dass man uns nur fürs Foto wollte, damit die Liste Farbe bekommt und die Partei ein gutes Gewissen.“ Von manchen wurden diese Politiker als „Club der unterdrückten Beurs“ belächelt. Doch sie bekamen auch Beifall von Immigrationskandidaten der anderen Parteien. Der PS machte während seiner Regierungszeit zwar ebenfalls nur leere Versprechungen, was die Repräsentation der Einwandererkinder angeht. Doch in der Opposition holen die Sozialisten das Versäumnis auf, setzen Angehörige von Minderheiten in Parteiinstanzen und Regionalräte. Bei den

Europawahlen haben die Sozialisten mehrere „farbige“ Kandidaten auf den besten Plätzen. Denn es geht nicht nur um die Beurs, die sich zudem weigern, als Community-Vertreter instrumentalisiert zu werden. Es geht um alle „sichtbaren Minderheiten“, also um Schwarze, Araber oder Asiaten.

### **Mangelnde Repräsentation der schwarzen Community**

*Doga Dogoui* ist Präsident des Vereins „Africa-gora“, der seit fünf Jahren als eine Art Lobby für Schwarze funktioniert. Die werden von den Politikern derzeit weniger umworben als die Beurs, erklärt *Dogoui*: „Es wählen zuwenig Schwarze. Sie gehen mit Absicht nicht zur Wahl, – nicht aus Faulheit, sondern aus Unmut.“ Das werde sich erst ändern, wenn es schwarze Kandidaten gibt, prophezeit *Dogoui*, der bei den Europawahlen mit einer eigenen Liste antritt: „Diversité pour l’Europe“ hat sich die „Achtung aller Minderheiten“ und ihre Repräsentation zum Ziel gesetzt.

Die Geschichte der Schwarzen in Frankreich beginnt mit dem Sklavenhandel im 16. und 19. Jahrhundert: Die Kolonialherren in der Karibik brauchten Arbeitskräfte. Erst 1848 schaffte *Victor Schoelcher*, Abgeordneter von Martinique und Guadeloupe, die Sklaverei in Frankreich definitiv ab. Danach dienten die Schwarzen der Nation nicht mehr als Sklaven, sondern als Soldaten: in den Gräben von Verdun, später in Syrien, im Libanon, überall dort, wo das koloniale Frankreich sie nach 1918 hinschickte. In Paris kannte man in den 1920er Jahren aber nur die „Wilden aus Afrika“, beziehungsweise das, was Missionare und Kolonialbeamte von ihnen erzählten. 1931 fand dann die Weltausstellung statt, die Franzosen entdeckten die Trompete von *Louis Armstrong* und die Beine von *Josephine Baker*. 1944 beklatschte das befreite Paris die schwarzen amerikanischen GIs und die senegalesischen Scharfschützen. Ab 1946 wurden afrikanische Studenten nach Paris geschickt,

in den 1950er Jahren waren die „Bals nègres“ mit schwarzer Musik der „dernier cri“ des Pariser Nachtlebens.

Heute ist für Frankreich die bunte Mischung typisch, nicht einmal das so genannte schwarze Paris ist ein Ghetto. „Schwarz“ ist die Musik, afrikanisch das Essen, die Tanzschritte sind karibisch. In den edlen Diskotheken und den teuren exotischen Restaurants der Szene des „schwarzen Paris“ treffen sich Nachtschwärmer aller Hautfarben und unterschiedlichster Herkunft. Die Zeit, als die Schwarzen als „Verlängerung eines Presslufthammers“ galten, ist vorbei. Auch das Klischee vom schwarzen Müllmann gehört der Vergangenheit an (zumal der Pariser Müll angesichts der Arbeitslosigkeit ohnehin auch wieder von weißen Franzosen weggeräumt wird). Die multikulturelle Mischung der Fußball-Équipe de France entspricht der Wirklichkeit im Lande. Es gibt in Frankreich keine gewalttätigen Übergriffe auf Schwarze, wie das in manchen deutschen Regionen der Fall ist, – die Schwarzen in Frankreich haben im Zweifelsfall eher einen rassistischen „flic“, einen Polizisten, oder arrogante Beamte zu fürchten als jugendliche Skinheads. Der Kampf der Schwarzen um Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit findet weniger im privaten denn im öffentlichen Bereich statt; dasselbe gilt auch für die Maghrebener aus Nordafrika: Partizipation heißt das Zauberwort, sie wollen ihren Teil vom Kuchen.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit lauten die obersten Werte der Republik. Aus diesem Universalismus heraus sind Statistiken verboten, die bei ihren Erhebungen die Bürger nach Hautfarbe oder Herkunft unterscheiden. Das sei pure Scheinheiligkeit, bescheinigt der Grüne *Stéphane Procrain*, der mit Angehörigen sichtbarer Minderheiten aus allen Parteien eine Petition für „effektive Gleichheit“ gestartet hat: „Die Idee dahinter ist einfach,“ so der junge Schwarze, der jahrelang Pressesprecher der Grünen war und heute als Fernsehchronist arbeitet: „Man

kann nicht Leute gleich behandeln, die unter ungleichen Bedingungen leben. Es gibt Leute, die keine Arbeit finden, weil sie schwarz sind oder asiatisch oder nordafrikanisch, die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben, in der Politik nicht vertreten sind, im Fernsehen nicht zu sehen sind. Wir sagen, um aus dieser Situation herauszukommen, muss Frankreich dringend Maßnahmen ergreifen. Wir fordern einen Notstandsplan für eine effektive Gleichheit.“ Den Begriff „positive Diskriminierung“ lehnt Stéphane Procrain ab. Obwohl er für entsprechende Maßnahmen ist, sagt er lieber „effektive Gleichheit“, weil dieser Begriff das Ziel vornan stellt und nicht die Mittel.

Bereits seit ein paar Jahren kämpfen die schwarzen Franzosen verstärkt um Repräsentation. 1999 machte das „Kollektiv Gleichheit“ mobil: „Wir fordern, [...] auf dem Bildschirm Journalisten und Moderatoren, Fernseh-, Kino- und Dokumentarfilme zu sehen, die unser multikulturelles und aus mehreren Rassen zusammengesetztes Land zeigen.“ Mit diesen Worten lancierte die aus Kamerun stammende Schriftstellerin Calixthe Beyala als Sprecherin des Kollektivs einen Boykottaufruf gegen den meistgesehenen französischen Fernsehsender TF1. Das Kollektiv warf dem Privatsender vor, dass Schwarze und Maghrebener nur als Gauner in Krimis vorkommen und auch in den Nachrichten nur im Zusammenhang mit den Problemen der Vororte. Die engagierten Schwarzen verklagten auch den französischen Staat, weil sie sich in den Medien nicht ausreichend vertreten fühlten. Zahlreiche Prominente unterstützten die Aktion. Frankreich zählt nach den nicht überprüfbaren Angaben des Kollektivs elf Millionen Schwarze. Diese Community nimmt am wirtschaftlichen Leben teil, betont der Saxophonist Manu Dibango: „Egal, wo sie herkommen, ob die Schwarzen von den Antillen oder aus Afrika stammen: Alle zahlen ihre Steuern. Da braucht man keine großen Reden schwingen. Jeder zahlt,

und jeder muss vertreten sein.“ Die Aktionen führten zu Verhandlungen mit dem Conseil Supérieur de l'Audiovisuel (CSA), der obersten Aufsichtsbehörde für Funk und Fernsehen, und bewirkten, dass man heute schwarze Journalisten oder Reporter mit arabischem Namen auf dem Bildschirm sieht.

### Karriere für Migrantenkinder?

Es gibt heute eine Menge „Aushängeschilder“, vor allem im Sport und im Kulturbereich. Fußballweltmeister Zinedine Zidane wurde dieses Jahr zum beliebtesten Franzosen gewählt, der Sänger Khaled gehört zum französischen Show-Business, und die Schauspielerin Isabelle Adjani hat einen algerischen Vater und eine deutsche Mutter. In Kultur und Sport ging es immer nach dem Motto: Wenn einer gut ist, ist er einer von uns, also Franzose, – wie im Fall Yannick Noah. In den Medien und in der Politik werden immer mehr farbige Gesichter sichtbar, doch der normale Bürger hat nach wie vor schlechte Chancen: In Bezug auf Arbeits- oder Wohnungssuche springt die Diskriminierung ins Auge, aufgrund des genannten Statistikgebots gibt es jedoch wenig konkrete Zahlen. Was die Arbeitslosigkeit angeht, so nannte der Rektor der Pariser Moschee als Quote bei den Einwandererkindern 30 Prozent, während der Durchschnitt bei zehn Prozent liegt.

Die Antirassismusorganisation SOS Racisme führt in jüngster Zeit das so genannte „Testing“ durch, schickt Weiße auf Arbeits- oder Wohnungssuche, aber auch vor Diskotheken, und gleichzeitig Migrantenkinder, die oft trotz gleicher Qualifikation, gutem Einkommen und identischem Look abgewiesen werden. So beweist die Organisation, dass ein arabischer Name, eine dunkle Hautfarbe oder ein ausländischer Akzent ein echtes Handicap sind. Die Sozialistin Martine Aubry hatte unter der Jospin-Regierung ein Antidiskriminierungsgesetz verabschieden lassen, das Diskriminierungen unter Strafe stellt,

aber das Problem, den Tatbestand nachzuweisen, bleibt bestehen.

Die Einwandererfamilien haben berühmte Vorbilder, mit denen sie sich identifizieren können. Sie sind heute in der französischen Gesellschaft besser repräsentiert und können sich somit eher als „vollwertige Franzosen“ fühlen. Doch die Diskussion um das islamische Kopftuch oder den Terrorismus bewirken, dass sich viele angefeindet fühlen, man spricht von „Islamphobie“. Die Diskriminierungen und die Probleme in den schwierigen Vierteln bewirken, dass sich gerade junge Menschen auf ihre Community zurückziehen, den Islam als neue Identität entdecken und auf ihre Herkunft pochen. Dies macht sie empfänglich für fundamentalistische Prediger.

### **Wachsender Antisemitismus und Communautarisme**

Die monatelange Diskussion um das islamische Kopftuch und den muslimischen Präferenzen provozierten darüber hinaus als Nebeneffekt, dass sich nun viele Schwarze vergessen fühlten, wie die Debatte um die Buchveröffentlichung von Gaston Kelman („Je suis noir et je n'aime pas le manioc“) oder die Affäre um den Humoristen Dieudonné illustrierten. Der Franzose mit einer kamerunischen Mutter hatte sich in einer Live-Sendung im Fernsehen als orthodoxer Jude verkleidet und sich mit einem „Isra-Heil“ präsentiert, was einen Proteststurm nicht nur seitens der jüdischen Gemeinschaft auslöste und ihm den Vorwurf des Antisemitismus einbrachte, den der Komiker zurückweist. Ein Gerichtsverfahren ist noch in der Schwebe, aber seine Auftritte wurden in vielen Städten annulliert, auch im Pariser Olympia. Viele Schwarze sahen Dieudonné als Opfer. Musiker und Intellektuelle ärgerten sich: „Wenn weiße Humoristen rassistische Witze über Schwarze machen und sie als Affen darstellen, regt sich keiner auf!“

Doch der Antisemitismus in Frankreich nimmt zu. Viele machen dafür den Nahostkonflikt und die in Frankreich lebenden Maghrebener verantwortlich, die sich angeblich mit den Palästinensern identifizieren, gegen die Politik Israels seien und diese Haltung an in Frankreich lebenden Juden auslassen würden. Die Entrüstung über den Antisemitismus seitens Religions- und Parteiführern sowie Menschenrechts- und Antirassismusorganisationen löst bei manchen Schwarzen und Maghrebenern jedoch das Gefühl aus, dass der Rassismus und die Diskriminierungen, unter denen sie zu leiden haben, weniger ernst genommen werden. Stéphane Procrain warnt vor dieser Falle, die Angehörigen der verschiedenen Minderheiten gegeneinander auszuspielen.

Wird es gelingen, diese Entwicklung hin zum Community-Denken (auf Französisch: „communautarisme“) einzudämmen? SOS Racisme rief am 16. Mai in Paris zum „Marsch gegen den Antisemitismus“ auf: „Der Antisemitismus ist keine Angelegenheit der Juden, sondern ein Übel, das jeder ehrliche Antirassist bekämpfen muss.“ Mitunterzeichner waren zahlreiche Organisationen, darunter die UMP und der PS. Die jungen Frauen aus den Vororten von der Organisation „Ni putes ni soumises“ demonstrierten neben der „Koordination der Berber“ oder der „Bewegung der laizistischen Maghrebener“, gemeinsam mit israelitischen Pfadfindern, den „Freunden der israelischen Arbeiterpartei in Frankreich“ und der Friedensbewegung für den Nahen Osten „La paix maintenant“. An der Schlussveranstaltung an der Bastille nahmen nach Angaben der Veranstalter 30 000 – laut Polizei 9 000 – Menschen teil. Vertreter der französischen Muslime waren nur vereinzelt anwesend. Und auch Organisation sowie Ablauf der Veranstaltung belegten „Le Monde“ zufolge die fehlende gemeinsame Strategie der einzelnen Gruppierungen im Kampf gegen die „différents racismes“: „Antisémitisme“ – „Oui mais... l'islamophobie aussi.“